Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(38. - öffentliche - Sitzung am 16. Oktober 2019)

Beratungsthemen:

 a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020 - HG 2020 -)

Gesetzentwurf der Landesregierung - <u>Drs. 18/4285</u> neu

b) Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2019 - 2023 Unterrichtung durch die Landesregierung - Drs. 18/4410

Der Ausschuss führte unter Einbeziehung der Mipla 2019 - 2023 die **Einzelberatung** zu **Einzelplan 11** - Justizministerium - durch.

Er behandelte den **Einzelplan 12 -** Staatsgerichtshof - unter Einbeziehung der Mipla 2019 - 2023. Er nahm die **Einbringung** durch den Präsidenten des Staatsgerichtshofs entgegen und führte die **Allgemeine Aussprache** durch. Auf eine Einzelberatung verzichtete der Ausschuss.

Der Ausschuss schloss damit die Beratung über den Haushaltsplanentwurf und die Mittelfristige Planung ab, nicht jedoch die Behandlung der dazu eingegangenen **Eingaben.**

2. Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2020

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/4486

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen votierte er dafür, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfes in der Fassung der Vorlagen 3 und 4 zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE, FDP, AfD

Enthaltung: -

- a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/358
 - b) Entwurf eines Gesetzes über die Schuldenbremse in Niedersachsen Gesetzentwurf der Landesregierung <u>Drs. 18/3258</u>
 - Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - <u>Drs. 18/3447</u>

Der - federführende - Ausschuss schloss die Gesetzesberatungen ab.

Vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen empfahl er dem Landtag, den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: FDP Enthaltung: -

Vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung mit Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: GRÜNE, FDP, AfD

Enthaltung: -

Vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen empfahl er dem Landtag, den Gesetzentwurf der Fraktion der Grünen abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: GRÜNE Enthaltung: FDP

Berichterstattung (schriftlicher Bericht) zu allen drei Gesetzentwürfen: Abg. Adasch.

4. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Niedersachsen

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3742

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: -Enthaltung: AfD

5. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes und anderer Gesetze

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/154

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/1839

Der Ausschuss führte die Mitberatungen durch.

Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf in <u>Drs. 18/154</u> mit Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU Ablehnung: FDP, AfD Enthaltung: GRÜNE

Der Ausschuss schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden -Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf in <u>Drs. 18/1839</u> abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: FDP, AfD

Enthaltung: -

6. Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Rechts der richterlichen Mitbestimmung und zur Stärkung der Neutralität der Justiz

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/4394

Der Ausschuss kam überein, zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durchzuführen. Er bat die Sprecher der Fraktionen, am Rande des Oktober-Plenums den Kreis der Anzuhörenden festzulegen und auch zu entscheiden, welche Anzuhörenden mündlich und welche gegebenenfalls nur schriftlich angehört werden sollen.

Ferner bat der Ausschuss die Landesregierung, den Gesetzentwurf in einer der nächsten Sitzungen näher zu erläutern.

Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über die Unterrichtung des Landtages durch die Landesregierung (Niedersächsisches Parlamentsinformationsgesetz -NPIG)

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/4498

Der Ausschuss kam überein, zu dem Gesetzentwurf eine mündliche Anhörung durchzuführen. Er bat die Sprecher der Fraktionen, am Rande des Oktober-Plenums den Kreis der Anzuhörenden festzulegen.

Ferner bat der Ausschuss die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen ergänzend zu dem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen.

"Häuser des Jugendrechts" sind schon jetzt ein Erfolgsmodell! Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/4487

Der Ausschuss bat die Landesregierung, ihn in einer der nächsten Sitzungen über den Sachstand zu unterrichten.

9. Konsequentes Vorgehen gegen kriminelle Familien-Clans Antrag der Fraktion der FDP - <u>Drs. 18/1521</u>

Der - federführende - Ausschuss setzte die Antragsberatung fort. Er bat die Landesregierung, ihn - nach Möglichkeit schon in der nächsten Sitzung - über den Sachstand zu unterrichten.

10. **Wirkung von Zwangsmaßnahmen erhöhen - Rechtsprechung effektiv durchsetzen** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - <u>Drs. 18/2028</u>

Der - federführende - Ausschuss setzte die Antragsberatung fort.